

Inhalt

| | |
|--|---|
| Wie arm sind die Deutschen? | 1 |
| Unter Geiern | 2 |
| Birma/Myanmar | 2 |
| Frieden statt Krieg, Brot statt Gewehre! | 3 |
| Der Dalai Lama auf Tournee | 4 |

Wie arm sind die Deutschen?

Das Arbeitsministerium hat eine „volkswirtschaftliche Gesamtrechnung“ veröffentlicht, die u. a. ein durchschnittliches Nettoeinkommen der Arbeitnehmer von 1320,24 Euro pro Monat für 2006 bilanziert. Die Presse klärt auf, was die Statistik zu bedeuten hat.

1.

Für die **Bildzeitung** signalisiert sie einen „Netto-Lohn-Skandal“:

„Wir arbeiten und arbeiten – und bekommen am Monatsende gefühlt immer weniger Netto raus! Geht es Ihnen auch so? Kein Wunder – denn es stimmt! Das belegen die neuen Zahlen des Bundesarbeitsministeriums. Demnach verdienen Arbeitnehmer in Deutschland so wenig wie seit 20 Jahren nicht mehr!“ (24.9.07) „Warum immer weniger in den Taschen der Arbeitnehmer ankommt“, liegt daran, dass der Staat „dreister in die Tasche“ greift, die Unternehmer mehr „geizen“ und die Beschäftigten in einer „Inflationsfalle“ stecken.

Arbeitnehmer, die jahrzehntlang die von ihnen verlangten Leistungen erbringen und weiter kein Aufhebens davon machen, dass immer weniger ‚rauskommt‘, genießen die volle Sympathie der Bildzeitung. Deren Unzufriedenheit über die eingerissenen Lebensverhältnisse gibt sie recht, stachelt sie sogar ein wenig an und macht sich zum Wortführer eines *Beschwerdewesens* über ungerechte Behandlung, die sich für ‚unser‘ Land eigentlich nicht gehöre. Dass Staat und Unternehmer mit ihrer Macht über sämtliche gesellschaftlichen Einrichtungen die bekannte Rücksichtslosigkeit gegenüber den Lebensbedürfnissen der Lohnabhängigen praktizieren, soll sie nicht als Gegner der Arbeiterinteressen qualifizieren, sondern als Adressat für die Aufforderung zu deren Berücksichtigung. Eine grandiose Umkehrung – aber genau so soll es der Leser sehen: Die tonangebenden Instanzen im Land werden bei der egoistischen Verfolgung ihrer Interessen ‚maßlos‘ und weichen darin von ihrer angeblichen eigentlichen sozialen Verantwortung ab. In deren anerkannter Zuständigkeit liegt es demnach auch, klaffende ‚Gerechtigkeitslücken‘ wieder zu schließen. Für die Opfer deutscher Standortpolitik bleibt die Rolle der ohnmächtig Betroffenen. Kein Gedanke daran, dass sie sich gegen ihre Verarmung zur Wehr setzen könnten. BILD verschafft ihrer Empörung stellvertretend einmal öffentliches Gehör und damit haben sie zufrieden zu sein.

2.

In der Tour, Unzufriedenheit recht zu geben, um sie damit abzuwiegen, sieht die ‚seriöse‘ Presse allen Ernstes einen Angriff auf das Image ihres geliebten Systems. Dass auf ihre Marktwirtschaft irgendein schlechtes Licht fallen könnte, hält sie einfach nicht aus – und legt sich argumentativ mächtig ins Zeug.

Vor gar allzu kurzschlüssiger Sichtweise, wie sie „die fette Schlagzeile eines Boulevardblatts“ (25.9.) nahe legt, warnt die **Süddeutsche Zeitung** tags drauf. Jene mag sich zwar mit dem „Empfinden der Bürger“ decken, nach sorgsamer Berücksichtigung des volks-

wirtschaftlichen Kontextes jedoch kommt man in Münchner Redaktionsstuben zu einem differenzierteren Befund.

„Richtig daran ist zunächst, dass die Löhne seit Jahren langsamer steigen als etwa die Unternehmensgewinne oder die Kapitaleinkünfte. Ein Grund dafür sind niedrige Tarifabschlüsse, die – gepaart mit Steuer- und Abgabenerhöhungen – die verfügbaren Einkommen der Arbeitnehmer geschmälert haben. Auf der anderen Seite hat das dazu geführt, dass die deutschen Unternehmen heute zu den wettbewerbsfähigsten der Welt zählen und wieder mehr Menschen einstellen.“

Armut ist also nur die eine, quasi die Schattenseite eines insgesamt gelungenen Gesamtkunstwerks. Die Verarmung der Leute war nämlich auch produktiv, hat sie doch andere reicher gemacht! Was ja auch deswegen sein Gutes hat, weil die Nutznießer der billig entlohnten Arbeit auch noch mehr schlecht bezahlte Arbeitsplätze schaffen. So besehen kann Armut nun wirklich kein schlechtes Licht auf den deutschen Kapitalismus werfen.

Aber damit nicht genug. Die SZ will nicht einmal eine Spur von einer Schattenseite stehen lassen. Genau betrachtet führt deshalb die „zugrunde liegende Statistik in die Irre“:

„So wird suggeriert, dass die Menschen heute ärmer wären als 1986. Tatsächlich aber ist die Kaufkraft gleich geblieben. Der Durchschnittsbürger kann sich von seinem Gehalt also genau so viele Fernseher oder Autos leisten wie seinerzeit.“

Reicher sind die Leute nicht geworden – aber auch nicht ärmer! Das ist doch mal ein Argument gegen die Miesmacherei der Bildzeitung. Dass der Nutzen von zwanzig Jahren Produktivkraftsteigerung, die ‚Fernseher‘ und ‚Autos‘ heute in einem Bruchteil der Zeit entstehen lässt, offenbar vollkommen an den – noch nicht entlassenen – Arbeitern vorbeigegangen ist, ist dem Autor eine Selbstverständlichkeit. Der weiß eben, was einem Lohnarbeiter zu steht.

So viel zum „Durchschnittsbürger“. Hinsichtlich des Mangels einer Durchschnittsbetrachtung möchte der Kommentator den Leser dennoch nicht im Dunkeln lassen:

„Über die wahren Verhältnisse im Lande sagt diese Durchschnittsbetrachtung zudem nur wenig aus, vor allem deshalb, weil sich das Gehaltsgefüge durch die Einrichtung eines Niedriglohnssektors in den letzten 20 Jahren erheblich ausgeweitet hat. Konkret: Viele Menschen verfügen heute über weniger Kaufkraft als 1986, viele andere dagegen über deutlich mehr.“ Eine Durchschnittsrechnung hat nämlich die Eigenart, dass es – wer hat eigentlich das Gegenteil behauptet? – Abweichungen nach oben und nach unten gibt: Der Zunahme von Armut stehen auch Gewinner mit Einkommen oberhalb des Durchschnittsnettolohns gegenüber. Deswegen, und weil es überhaupt einen ganz neuen Sektor gibt, in dem Niedrigstlöhne gezahlt werden, lassen sich aus der Statistik keine gültigen Schlüsse

GEGENSTANDPUNKT & Diskussion

Anmerkungen zur Marktwirtschaft:

Konsum und Kapital

Im Alltag der modernen Gesellschaft hat man sich an Perversionen gewöhnt, die eigentlich leicht zu durchschauen wären. Niemand findet etwas dabei, wenn Experten sich um den Zustand der deutschen Wirtschaft sorgen, weil „trotz guter Exportkonjunktur der private Konsum einfach nicht anspringt“. Man bekommt in solchen Statements nicht nur mitgeteilt, dass die Erfolge unserer Wirtschaft nichts damit zu tun haben müssen, dass die Menschen besser leben. In der geäußerten Sorge, der schöne Konjunkturaufschwung könnte schon bald wieder abflauen, wenn der Konsum nicht endlich anspringt, wird man auch noch darüber aufgeklärt, dass in dieser Wirtschaft der Konsum für die Wirtschaft da ist und nicht die Wirtschaft für den Konsum. Das Verhältnis von Zweck und Mittel, wie es sich vernünftigerweise gehört, steht auf dem Kopf.

Aus Fürsorge für die Dauerhaftigkeit des kapitalistischen Wachstums haben sich Anfang des Jahres Politiker sogar dazu verstiegen, „Mut zu höheren Löhnen“ anzuraten. Denn „Höhere Löhne sind jetzt gut für die Binnennachfrage und stärken die Konjunktur“. Das Einkommen der breiten Masse, die die Arbeit macht, darf tatsächlich steigen, wenn, aber auch nur wenn das dem Gewinnwachstum nützt. Man stelle sich vor! Inzwischen ist Herbst und den Politikern sind die Lohnforderungen längst wieder viel zu hoch. Mindestlöhne für Billigjobber und 2.500 im Monat für Lokführer würden die Konjunktur kaputt machen; solche Maßlosigkeit kann sich Deutschland nicht leisten. Der Arbeitslohn ist halt doch zuerst Kostenfaktor, der den Profit belastet, ehe er Kaufkraft ist, die jedes kapitalistische Unternehmen gerne ausnutzt.

Von wegen also, wir lebten in einer „Konsumgesellschaft“. Wenn es so wäre, müsste nicht um jeden Euro Lohn gekämpft werden.

Manche Leute meinen die Diagnose „Konsumgesellschaft“ aber sogar kritisch, finden, dass es den Menschen materiell viel zu gut geht und dass die Befriedigung ihrer Bedürfnisse sie an ein System kettet, das wir gar nicht so unvernünftig finden würden, wenn es denn leisten würde, was ihm da als ein Übel nachgesagt wird.

Der Referent wird in seinem Vortrag eine Kritik der Konsumkritik anbieten sowie Aufklärung über die perverse Rolle, die der Konsum in einer Wirtschaft tatsächlich spielt, in der es um das Wachstum des Kapitals geht.

Vortrag mit Diskussion:

Referent: Dr. Peter Decker, Nürnberg

Mitautor des Buches „Das Proletariat“, München
(GEGENSTANDPUNKT-Verlag) 2002;
<http://www.gegenstandpunkt.com/vlg/prol/prolix.htm>

Universität Tübingen, Dienstag, 4.12.2007,
Neue Aula, Hörsaal 8, Wilhelmstr. 7, 19 Uhr c.t.

Freiburg, Mittwoch, 5.12.2007,
jos-fritz-café, Wilhelmstr. 15, 20 Uhr

über Armut ziehen; wer das trotzdem macht, folgt keinen aufklärerischen, sondern niederen Motiven.

„Insofern taugt die Statistik zwar für eine dicke Schlagzeile. Einen wirklich erhellenden Beitrag zur Diskussion über Mindestlöhne auf der einen sowie Steuer- und Abgabensenkungen auf der anderen Seite aber leistet sie nicht.“

Dass es Bild in ihrer „fetten Schlagzeile“ vielleicht um etwas anderes gegangen sein könnte als um eine qualifizierte Wirtschaftsberatung nach SZ-Muster, geht in den Journalisten-Schädel einer deutschen Intellektuellenzeitung einfach nicht hinein. Der ‚populistischen‘ Publikumsbetreuung des „Boulevardblattes“ musste man jedenfalls mal entgegensetzen, dass Armut heutzutage differenzierter betrachtet werden muss!

3.

In der Redaktion der FAZ hat man folgendes herausgefunden: von wegen ärmer – reicher sind sie geworden, die Arbeitnehmer! Es kommt nämlich nicht nur darauf an, z.B. die passenden Vergleichsjahre zu wählen, sondern die richtige Bezugsgröße. Betrachtet man nämlich die Statistik, die das Einkommen ins Verhältnis zur Arbeitszeit setzt, sieht die Sache schon ganz anders aus.

„Die Arbeitnehmer in der Bundesrepublik sind in den zurückliegenden beiden Jahren ‚ärmer‘, im gesamten Zeitraum seit der Wiedervereinigung aber insgesamt ‚reicher‘ geworden, wenn

auch ‚nur‘ um 6,2 Prozent. Das geht aus Zahlen des Statistischen Bundesamts hervor, die neben der Einkommensentwicklung auch die seit 1991 gesunkene Arbeitszeit berücksichtigen. ... Dadurch relativiert sich der Befund, dass die Nettoealverdienste im vergangenen Jahr auf den Stand von 1997 gesunken seien (FAZ vom 25. September).“

Die Leute kriegen zwar weniger Geld, das aber auch in weniger Zeit! Da hat die FAZ ja wirklich mal was ganz Aussagekräftiges gefunden.

„Die Berechnung des realen Nettoverdienstes je Stunde ist auch deshalb aussagekräftiger als die Betrachtung je Arbeitnehmer, da sie wenigstens teilweise die Verzerrungen ausschaltet, die sich durch die Veränderungen in der Beschäftigungsstruktur ergibt – etwa von mehr Teilzeitbeschäftigung, Mini-Jobs und Ein-Euro-Kräften.“

Ja wenn es immer mehr und als feste Einrichtungen eingeplante Arbeitsverhältnisse gibt, von denen man nicht leben kann, dann darf man die Statistik doch nicht auf den Lebensunterhalt beziehen, der den Leuten zu Verfügung steht. Da verzerren die Minijobs ja glatt die Bilanz in Richtung Armut! Also muss man das Ganze so, nämlich auf Stundenlohnbasis, betrachten, dass keine Verzerrung dabei rauskommt.

Ein Ein-Euro-Jobber kann dann zwar nicht von seinem Stundenlohn leben, dafür aber ein Teilzeitarbeiter – wenigstens ein paar Stunden.

Unter Geiern

„Einem nackten Mann kann man nichts aus der Tasche ziehen!“ Für Taschendiebe mag das stimmen, für das internationale Finanzkapital nicht. Mit der Kreation von Finanzprodukten bewerkstelligt es genau das mit gutem Erfolg:

1. Wie Geier-Fonds an überschuldeten Entwicklungsländern verdienen

Sogenannte Geier-Fonds holen beachtliche Renditen aus ruinierten Drittwelt-Staaten. mit folgender Geschäftsidee:

„Sie kaufen alte Schuldtitel von Entwicklungsländern auf, die praktisch nicht mehr zahlungsfähig sind. Dafür zahlen sie weit weniger als den ursprünglichen Wert.“ („Albtraum der Armen“ in: Süddeutsche Zeitung v. 24.10.2007)

Die Fondsgesellschaften engagieren dann „hochbezahlte Rechtsanwaltskanzleien“, deren „trickreiche Juristen (...) gegenüber den betroffenen Staaten hohe Forderungen über Schuldentrückzahlungen einschließlich Zins und Zinseszins“ vor Gericht durchsetzen. Im Ergebnis ein höchst profitables Geschäft für diese Fondsgesellschaften: So „verdiente [einer dieser Fonds] an Schulden des zentralafrikanischen Staates Republik Kongo, die er zum Schnäppchenpreis von zehn Millionen Dollar erworben hatte. In einer Klage forderte der Spekulant 400 Millionen Dollar – am Ende gab es immerhin noch 127 Millionen Dollar.“ (ebda.)

Eine gutes Geschäft also, Fondsbetreiber und -anleger sind hoch zufrieden. Weniger zufrieden sind kritische Dritte-Welt-Aktivistinnen, die von den Wirtschaftsjournalisten der SZ zustimmend referiert werden. Die halten diese Art der Kapitalvermehrung für moralisch höchst verurteilenswerte „Leichenfledderei“: „Den ärmsten der armen Entwicklungsländern wird der letzte Euro oder Dollar abgepresst.“ (ebda.)

Eigentlich ist das bei diesen Schuldnerländern der Normalfall. Die Gläubiger, die die mittlerweile abgeschriebenen Schuldtitel jetzt verkaufen, haben jahrzehntelang Zahlungen kassiert, die, zusammengenommen, die geschuldete Hauptsumme meist bei weitem übersteigen, aber bestenfalls für die Zinsbedienungen, nie aber für die Tilgung ausgereicht haben. Was die Schuldnerstaaten für Rohstoffexporte bezahlt bekamen, war nämlich nie darauf berechnet, sie dazu instandzusetzen, alle aufgenommenen Kredite zu bedienen und zu tilgen, die im Unterschied zu den schwankenden Rohstoffpreisen bei Zahlungsunfähigkeit automatisch anwachsen. Ihr Versuch, mit geliehenem Geld ein Wirtschaftswachstum in Gang zu setzen, ist gescheitert, und der Zwang, die Auslandsschulden zu bedienen, hat zu immer neuer Kreditaufnahme geführt und diese Staaten zahlungsunfähig gemacht. Ein Teil des Schuldenbergs wird von den Gläubigern also als uneinbringlich abgeschrieben, nachdem sich auch mit tatkräftiger Unterstützung durch IWF-Auflagen, die Privatisierung und Sparmaßnahmen vor allem im sozialen Bereich erzwangen, um den Schuldendienst möglich zu machen, nichts mehr aus den Schuldnerstaaten herauspressen lässt. Und ein Teil dieser Schulden wiederum lässt sich an die Geier-Fonds verkaufen.

Dass es denen gelingt, diese „ärmsten der armen“ Länder so unter Druck zu setzen, dass sie doch noch Zahlungsmittel auftreiben, trägt ihnen Kritik ein; und zwar nicht nur von Hilfsorganisationen, die zwischen der Zahlungsunfähigkeit eines Staates und der Armut seiner Bevölkerung keinen Unterschied machen wollen, sondern auch aus gewichtigem Munde:

„Solch ein Vorgehen nutzt den Schuldenerlass anderer Gläubiger aus und lenkt damit Mittel

von der Armutsbekämpfung in dem Schuldnerstaat ab“, kritisierte der Pariser Club.“ (manager-magazin.de 30.05.2007)

Den Auftrag zur „Armutsbekämpfung“ haben die „großen Industrieländer“ des Pariser Clubs nämlich damit verbunden, dass sie den sog. hoch verschuldeten armen Ländern (HIPC = Highly Indebted Poor Countries) einen Teil ihrer Schulden erlassen. Das Geld dafür soll aus dem Schuldenerlass kommen, auch wenn da kaum was „frei“ wird, weil die Schulden ja sowieso nicht mehr bezahlt werden konnten. Deswegen wurden sie schließlich erlassen. Bekämpft im Sinne von gelindert oder gar abgeschafft soll die Armut also nicht werden, dafür wären ganz andere Mittel nötig, eingeleitet aber schon. Und zwar in ziemlich wörtlichem Sinne: So viel „Sozialprogramm“ soll laufen, dass die Hungerleider erstens nicht die Küsten der reichen Länder unsicher machen,



ISBN 978-3-929211-11-5, Format: A5, 164 Seiten, 15,- €; zu beziehen in Tübingen & Reutlingen in den Oslanderschen Buchhandlungen und den Bahnhofsbuchhandlungen oder über den GEGENSTANDPUNKT-Verlag, Augustenstr. 24, D-80333 München

sondern da bleiben, wo sie sind, und zweitens da still vor sich hin (ver)hungern und keine politischen „Wirren“ anzetteln. Dafür gibt's ein paar „donations“ und den einen oder anderen Kredit, und die sollen zweckgebunden eingesetzt werden.

Dabei stört das Geschäft der Geier-Fonds: Wenn die die Leichen völlig marktwirtschafts- und rechtskonform gefleddert haben, dann bleibt für die Mitglieder des Pariser Clubs und den IWF womöglich keine Instanz mehr übrig, die sich noch beaufsichtigen ließe. Also werden „außenstehende“ Gläubiger – in der Regel Staaten wie Rumänien oder Bulgarien – aufgefordert, den Verkauf von Schuldtiteln gefälligst bleiben zu lassen, und die Geier-Fonds an den Pranger gestellt. Mehr passiert nicht, das aber im Namen der „Armen“. Da können die sich aber freuen!

2. Mit gutem Gewissen an der Armutsbekämpfung (mit)verdienen

Auch gute Menschen brauchen auf satte Renditen nicht zu verzichten. „Geld anlegen und sich dabei gut fühlen“, das ist möglich, verkündet die Stuttgarter Zeitung, und es ist ganz einfach:

„Ein neues Investmentgesetz erlaubt es der deutschen Finanzbranche, neben klassischen Aktien- und Rentenfonds künftig auch Mikrokreditfonds aufzulegen und zu vertreiben. [...] Künftig sollen alle Sparer beim Anlagenthema Kleinstkredite bedenkenlos zugreifen können.“ (Stuttgarter Zeitung v. 10.11.07)

Mohammad Junus, Bankier und Friedensnobelpreisträger, hat es vorgemacht¹⁾ und jeder Sparer kann es ihm nachmachen, dank der Findigkeit der Finanzbranche und der deutschen Gesetzgebung: Man kann Geld verdienen am absoluten Elend und sich dabei eines guten Images erfreuen, nach außen und nach innen. Das geht so: Weltweit gibt es zahllose Arme, die nach dem erfolgreichen Siegeszug der Marktwirtschaft Geld für ihren Lebensunterhalt brauchen, aber keines haben – fürs Überleben nicht und für Arbeits- oder Produktionsmittel erst recht nicht. Lokale und zunehmend auch international agierende Banken leihen ihnen kleine und kleinste Summen als „Unternehmenskredit“ und nehmen zum „Ausgleich“ für das Ausfallrisiko und den Verzicht auf pfändbare Sicherheiten 2-4 % Zinsen – pro Monat(!). Den Charakter von Hilfe erhält das dadurch, dass anders Geld gar nicht oder nur zu noch viel höheren Zinsen zu bekommen ist. Ein lokaler Eintreibediener holt monatlich Zins und Tilgung ab und sorgt für eine Rückzahlquote von über 98%. Ein einträgliches Geschäft also, an dem sich der deutsche Sparer jetzt beteiligen darf: Er kann Anteile an deutschen Fonds erwerben, denen die kreditgebenden Banken die Schuldverschreibungen als ihr Geschäftsmittel verkauft haben.

So sind gleich mehrere Fliegen mit einer Klappe geschlagen:

– Die Ärmsten der Armen, zumindest die, die eines Mikrokredits als Startkapital für ein

Kleinstunternehmen würdig befunden werden, können sich ernähren, sofern es ihnen gelingt, sich mit ihrem Geschäft gegen industriell erzeugte Importprodukte und den kämpferischen Geschäftssinn von ihresgleichen zu behaupten und dabei auch noch die Zinsansprüche ihres wohlwärtigen Gläubigers zu befriedigen.

– Aus ansonsten für die Kapitalvermehrung völlig nutzlosen, weil dafür nicht gebrauchten, Hungerleidern ist ein Geschäftsmittel für Kapital, Bankkapital in diesem Fall, geworden.

– Die Spargroschen des kleinen Mannes fließen in Finanzprodukte der Fondsgesellschaften, die damit ihre Spekulationen machen, und den kleinen Mann, gegen Gebühr selbstverständlich, an deren Erfolg oder Misserfolg teilhaben lassen.

– Die „deutschen Sparer“, die solche Fondsanteile kaufen, können sich fühlen wie Friedensnobelpreisträger – im Miniformat. Während es der gute Junus zu beachtlichem Reichtum gebracht hat, „bekämpfen“ sie mit der Aussicht auf eine hohe Rendite nicht nur die Armut der Drittweltbewohner, sondern auch die eigene. Nicht so furchtbar erfolgreich in beiden Fällen, aber dafür mit gutem Gewissen.

¹⁾ Wofür Junus diese Auszeichnung bekommen hat, ist nachzulesen in GEGENSTANDPUNKT 4-2006, S. 59: „Friedensnobelpreis für einen Bankier: Geschäft ist Hilfe, Kredit ist Menschenrecht“.

Birma/Myanmar:

Religiöse Fanatiker und regierungsfeindliche Umtriebe, wie sie Bush, Merkel und die freie Presse schätzen und brauchen können

Worum es dort unten geht, das weiß ein deutscher Bürger sofort, wenn er seine Zeitung liest: Für die Süddeutsche Zeitung „geht es hier um viel... Birma liegt mittendrin in einem geostrategischen Spannungsfeld, vielleicht dem größten der nächsten Jahrzehnte. Und es hat Ressourcen, nach denen es viele gelüftet: Öl und Gas.“

Die „Süddeutsche“ unterstellt dem Leser als einen, der das wie ein Sachzwang daher kommende Interesse der freiwirtschaftlichen Außenpolitik teilt, dass man sich da unmöglich heraushalten und die Kontrahenten ihre Gegensätze allein austragen lassen kann. Deutsche Politiker berührt es selbstredend, welchen Einfluss andere Mächte auf dem Globus haben, denn womöglich haben die ja zu viel und beschneiden damit die deutschen Interessen. Aber offensichtlich unterstellt die Presse, dass auch ihre Leser, die im richtigen Leben ganz andere Sorgen haben, aufpassen, dass „geostrategisch“ alles mit rechten Dingen, sprich: im nationalen Interesse Deutschlands, zugeht. Zumal es da um „Ressourcen“ geht, auf die „viele“ scharf sind, auf die also auch „wir“ unbedingt scharf sein müssen.

Dumm ist nur, dass da der „Westen“ nicht drin ist, sondern außen vor. Eine Militärregierung hat nämlich laut SZ, „das Land über die Jahrzehnte abgeschottet und heruntergewirtschaftet“. Dabei wollten die Freiheit und ihr Kapital sich immer schon Zugang zu diesem schönen Land, seinen Leuten und den dort herumliegenden „Ressourcen“ verschaffen. An harsher Kritik, also Einmischung in die „inneren Angelegenheiten“ Birmas nebst deren praktischer Umsetzung mittels Wirtschaftssanktionen hatte es deshalb nicht gefehlt. Alle Drohungen und Erpressungen haben aber bislang nichts gefruchtet, weil vor allem China und Indien ungerührt Geschäfte mit dem „Regime“ machen und so dafür sorgen, dass die Generäle es sich weiter leisten können, die führenden kapitalistischen Weltwirtschaftsmächte bei der Benutzung ihres Landes zu behindern.

Die freie Presse ist sich da einig mit den Herren der freien Welt: Das Land steht dem Westen einfach zu! Und deshalb hält sie es für einen Verstoß gegen die von EU und USA definierte „political correctness“, wie die Junta Staat macht, und für einen Skandal, dass sie dabei immer noch Unterstützung von außen

bekommt. Bloß weil die Generäle den Interessen des Westens nicht nachkommen, also einfach andere politische Ziele haben, werden sie als Verbrecher abgekanzelt.

Dabei weiß nicht nur ein verantwortungsbewusster Staatsmann, sondern auch ein demokratischer Journalist, dass ein politisch korrekter Führer seines Volkes nicht immer und in jeder Weltecke mit dem Grundgesetz unter dem Arm herumlaufen kann, was aktuell z. B. den thailändischen Militärdiktatoren konzediert wird. Auch als der präsidierte „pro-westliche“ pakistanische General einen Protest seiner heimischen Geistlichkeit in der Roten Moschee niedermetzeln ließ, stieß er auf volles Verständnis, weil sich Muscharraf keinesfalls anti-westlichen Interessen beugen durfte. In so einem Fall wäre es natürlich immer wünschenswert, wenn auch noch das Volk per Wahl seine Zustimmung zu seinen, dem Westen gewogenen Herrscherfiguren gibt. Denn das dient der Stabilität und der Orientierung in die richtige Himmelsrichtung. Aber wenn das dort im Interesse eben dieser Stabilität und des Friedens in der Region gerade nicht geht, dann muss so eine Herrschaft deswegen nicht gleich weggeputscht werden.

Bei Myanmar ist sich die Presse jedenfalls einig: Die dortige Herrschaft ist unrechtmäßig und gehört weg. Staaten, die mit den birmanischen Machthabern Geschäfte machen und sie damit weiter an der Macht halten, begehen nach Auffassung der NATO-Bündnispartner und der sich in deren Interessen einfühlenden Journalisten selbst Unrecht. Denn die Bürger Birmas haben als Menschen ein ihnen von Natur verliehenes Recht darauf, dass ihr Land für Bush, Merkel usw. offen steht. China fällt als Unterstützer besonders störend auf. Das fällt auf die Junta als doppelte Todsünde zurück: Den Westen auszusperrern und sich auch noch China an den Hals zu werfen, ein solches Regime verdient keinerlei Anerkennung, sondern seine Beseitigung.

Das wird dann als ein einziger Dienst an den Menschen da unten ausgegeben. Die dürsten angeblich danach, heim ins Reich der Freiheit geholt zu werden. Mag ja sein, dass nicht jeder Reisende in dem bislang als fernosttouristischer Geheimtyp geltenden Land sofort ent-

„Birma/Myanmar.“ (Fortsetzung)

deckt hat, dass immer und überall die Befreiung das Anliegen dieser tapferen Leutchen ist, jetzt erfährt er es aus journalistischen Reiseberichten. Laut FAZ lassen sich Birmanen durch keinen noch so großen Zwang davon abhalten, „jedem der wenigen zehntausend Touristen, die sich im Land verlieren, versteckte Zeichen [zu geben].“ Oppositionelle fordern im Namen ihres Volkes einen Regierungssturz, weil es die Militärherrschaft zur Armut gezwungen hat, ohne dass ihre Untertanen etwas Vernünftiges dafür bekommen, Wirtschaftswachstum zum Beispiel.

Dass sie arm sind, unterscheidet Birmanen allerdings nicht von den meisten Menschen in der schönen Welt des demokratischen Imperialismus – nicht bloß in südlichen Breiten. Was ihre Armut aber für prowestliche Journalisten kritikabel macht, ist deren „Rückständigkeit“. Im Gegensatz zu der mehr zeitgemäßen, „sachzwangbedingten“ Armut in der Heimat der Freiheit soll Armut in Myanmar ein einziges Fanal und die Öffnung für den Westen die Sozialleistung für seine Bürger sein. Armut finden Korrespondenten dort unerträglich, dieselben Korrespondenten, die sich sonst gar nicht mehr einkriegen, wenn sich jemand anderswo auf der Welt, z. B. Chávez in Venezuela, daran macht, etwas zu ändern und wirklich gegen die Armut in seinem Land vorzugehen – das sind dann „populistische Tricks“, die, weil sie gegen die „Sachgesetze der Wirtschaft“ verstoßen, nur dem Machterhalt dienen sollen und das Land in den Abgrund führen.

Dass mit dem Eintreten für gute Herrschaft allerdings auch eine gewisse Härte gegenüber Einzelschicksalen verbunden ist, ist weltbewanderten Korrespondenten sonnenklar. Das merkt der Leser, wenn sich die Sache zuspitzt. Es ist keinesfalls abgebrüht, sondern eher der Bedeutung der Angelegenheit angemessen, wenn sein Blick auf ein Schlachtfeld gerichtet wird, auf dem sich abzeichnet, dass da demnächst ein größeres Blutbad fällig ist. Die SZ hoffnungsfroh: „Ein Show-down zwischen der militärischen und der religiösen Macht auf den Straßen Ranguns – das hätte noch vor kurzem niemand für möglich gehalten.“ Dass bei dem High Noon in Rangun womöglich auch „Massen“ von Toten anfallen – das Risiko schreckte das „liberale Weltblatt“ nicht. Es spekulierte darauf, dass die laut ihrem eigenen Urteil „vor nichts zurückschreckenden“, Generäle, konfrontiert mit den Massen auf den Straßen, einsehen müssten, dass ihnen „nichts anderes übrig bleibt, als zu verhandeln“. Dass sie also ihre Selbstentmachtung in die Wege zu leiten haben.

Angesichts dieser für alle gut imperialistisch mitdenkenden Menschen auf der Welt erfreulichen Aussichten auf einen Regimewechsel in Myanmar war es umso ernüchternder, als die Generäle den vorher hierzulande gefeierten angeblichen „Volksaufstand in wenigen Tagen

niedergeschlagen hatten“ und die SZ sichtlich enttäuscht einräumen musste, dass „es ihnen sogar gelungen ist, dies auf eine für ihre Verhältnisse geradezu sanfte Art zu tun“.

Selbstverständlich steht Myanmars Regierung weiter auf der Abschlusliste. „Die Revolution in Birma ist nicht vorüber – sie hat gerade erst begonnen. [...] Denn auf die Unruhen im Land muss jetzt der Aufstand von außen erfolgen. Jetzt müssen die Nachbarn und die Ordnungsmächte der Welt eingreifen.“ Ein unverhohlener Aufruf zur Gewalt, nur diesmal erlaubt, weil er weder von Al Kaida noch von der „gleichgeschalteten“ Presse eines „Schurkenstaates“ kommt! Die freiheitlich gesinnten Presseorgane appellieren ohne jede „Gleichschaltung“ von oben unisono an die verantwortlichen demokratischen Machthaber, die hoffnungsvollen Ansätze der birmanischen Mullahs, Pardon: Mönche, in Sachen Regimewechsel nicht verpuffen zu lassen, sondern sie als Ansporn zu begreifen, ihren Druck und ihre Erpressungen fortzusetzen, es dabei allerdings besser machen als zuvor.

Einer solchen Weltordnungsfrage auf höchstem Niveau widmet man sich in deutschen Redaktionsstuben selbstverständlich ausgehend vom deutschen Standpunkt innerhalb der imperialistischen Weltmacht Konkurrenz. Deshalb der antiamerikanische Ausfall gegen den Großen Bruder: „Isoliert wird Birma vom Westen, vor allem von den USA. Sie wollen mit Sanktionen das Land von seinen Lebensadern abschneiden und hoffen so auf den inneren Kollaps. Diese Strategie ist falsch.“ Beweis: Die Generäle treiben ja weiter ihr Unwesen. Dann der analytisch messerscharfe Schlag gegen die notorischen Störenfriede der neuen Weltordnung: „Sanktionen bleiben nutzlos, wenn es sich nur um westliche Sanktionen handelt“. Daraus folgt die konstruktive Kritik am Westen: Er sei einfach zu zögerlich. Vor allem die USA sollten unterbinden, dass die notorischen Störenfriede der neuen Weltordnung, die Chinesen, in Myanmar ihre Interessen wie gehabt weiterverfolgen. Bush solle den Chinesen bebiegen, dass sie mit den USA zu einer „gemeinsamen Politik finden“ müssen. „Der richtige Ort dafür ist der UN-Sicherheitsrat, der im Fall Birma das erste konstruktive Zusammenspiel zwischen China und den USA erleben muss.“ Und warum soll der UN-Sicherheitsrat das unbedingt erleben? Weil für einen Journalisten der „Süddeutschen Zeitung“ das Interesse von EU und den USA so fraglos weltweit gilt, dass sich nicht nur Myanmars Generalsjunta, sondern auch China dem unterordnen und „konstruktiv“ mitspielen müssen. In den Vereinten Nationen, denn dort kann der deutsche Spielführer – das kann man sich zumindest einbilden – nicht nur die Anweisungen geben, sondern auch aufpassen, dass sich auch die USA an die Anweisungen halten und nicht womöglich mit Alleingängen wieder alles verpatzen wie andernorts auf der Welt. ◆

Die jährliche Veröffentlichung der weltweiten Rüstungsausgaben löst humanistische Reflexe aus

Frieden statt Krieg, Brot statt Gewehre!

Unter dem Titel: „Die Welt rüstet auf!“ berichtet die „Zeitung für die Menschen des Ruhrgebiets“ (WAZ, 12.6.07) von der aktuellen Statistik über die absolute Summe und nationale Verteilung der globalen Rüstungsausgaben – sie haben die Grenze von einer Billion Dollar überschritten. Diesem Übel widmet das Blatt den folgenden Kommentar:

„2006 war kein gutes Jahr für den Frieden. Statt friedlicher wird die Welt brutaler. Was nützt es, darauf zu verweisen, dass weltweit 850 Millionen Menschen hungern? Dass pro Jahr 80 Dollar genügen würden, einer Familie das Überleben zu sichern – ein Klacks im Vergleich zu den Rüstungsausgaben. Armut und Gewalt, das gehört in globalem Maßstab zusammen. In 25 der 40 am wenigsten entwickelten Länder kam es im letzten Jahr zu gewaltsamen Konflikten. Es gibt kein Patentrezept für Frieden, doch wer Gewalt stoppen will, muss Armut bekämpfen, nicht Waffen exportieren. Gefragt sind Ideen und Geld. 2007 – ein gutes Jahr für den Frieden?“

Wenn gute Menschen über Rüstung und ihre Kosten reden, dann fragen sie in der Regel nicht danach, wer denn nun warum so viel Rüstungsaufwand betreibt und wie ihm das Handwerk gelegt werden kann. Ihnen fällt sofort ein, dass „man“ mit dem vielen Geld doch auch etwas ganz anderes machen könnte, etwas, das ihnen besser gefallen würde. Den Hunger in der Welt stillen zum Beispiel. Ein bisschen ignorant gegen die Gründe, warum gerüstet wird, aber moralisch unangreifbar. Der obige Kommentar macht den Vergleich zwischen Rüstung und Hungerhilfe originellerweise einmal anders herum. Er bezieht den globalen Rüstungsaufwand und die unterlassene Bekämpfung der Armut gleichermaßen auf

Kritik und Anregungen an:
redaktion@versus-tuebingen.de

das Ziel des edlen Friedens und vergleicht die Kriegsvorbereitung als ein schlechtes Mittel, diesen zu sichern, mit der Armutsbekämpfung als nicht nur netteres, sondern vor allem weit-sichtigeres Mittel für denselben Zweck. Denn „Armut und Gewalt, das gehört in globalem Maßstab zusammen“.

Den Zusammenhang von Gewalt und Armut kennt er nur verkehrt herum: Bei ihm machen nicht Rüstung und Krieg die betroffene Bevölkerung arm, sondern es ist die Armut der Armen, die Krieg verursacht. Aus dem Faktum von bewaffneten Konflikten in wenig entwickelten Staaten soll das offenbar überzeugend hervorgehen. Der kleine Zynismus, dass unser Humanist die Ernährung der Armen vor allem als ein Mittel empfiehlt, die Sicherheitsbedrohung zu entschärfen, die sie darstellen, fällt schon kaum mehr ins Gewicht angesichts dessen, dass er Täter und Opfer der Kriege in den armen Ländern verwechselt: Vermutlich wird ihm bekannt sein, dass die Waffen, die da zum Einsatz kommen, nicht gerade von denen gekauft werden, die sich nicht einmal Nahrungsmittel kaufen können, und dass sie auch keineswegs in deren Interesse zum Einsatz kommen. Aber ein Menschenfreund, der einer aufrüstenden Staatenwelt den Hunger als Kriegsgrund und die Hungerhilfe als Sicherheitspolitik ans Herz legen will, darf nicht unterscheiden zwischen den Elenden in den kaputten Ländern des Südens und den Warlords, die dort Krieg und Bürgerkrieg um die letzten Reichtumsquellen führen.

Aus demselben Grund fallen ihm gerade diese Konflikte ein, wenn er auf die Liste der globalen Rüstungsausgaben blickt. Aus dieser

Liste folgt das nämlich nicht. In ihr rangieren die „am wenigsten entwickelten Ländern“ ganz weit hinten. Eine Handvoll mächtiger Staaten führt mit weitem Abstand nicht nur bei Waffenproduktion und Waffenhandel, sondern auch beim Einsatz des Tötungsgeräts. Die größten Militärmächte und die größten Kriege der Gegenwart fallen dem Rüstungskritiker

VERSUS im Internet:
<http://www.versus-tuebingen.de>

nicht ein. Sie geben nichts her für seine frohe Botschaft von der Friedenspolitik per Armutsbekämpfung und scheinen ihm deshalb wohl vernachlässigbar. Außerdem schreibt er dem Export von Waffen und ihrem Einsatz ja grundsätzlich den Zweck zu, „Frieden sichern“ zu wollen. Den Aufbau und Einsatz der Kriegsmittel, mit denen die Großmächte gegen wirkliche oder als solche definierte Störenfriede ihrer Weltordnung vorgehen, lässt er eben als notwendige Sicherheitspolitik durchgehen, die es, schlimm wie die Welt ist, auf der Seite verantwortungsbewusster großer Staaten nun einmal braucht. Kritisch wird er nicht gegen deren himmelhoch überlegenen Gewaltapparat, sondern erst, wenn er einen verantwortlichen Umgang damit vermisst. Die weltgrößten Waffenproduzenten und -besitzer laden dann Schuld auf sich, wenn sie ihre potenten Geräte nicht für sich behalten, sondern in die armen Länder exportieren, wo sie Unheil anrichten und Kriegsparteien ausstatten, für deren Sicherheitsinteressen der Mann von der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung nun überhaupt keinen guten Grund gelten lässt. So spricht er ausgerechnet die großen Militärmächte und Waffenexportnationen als die berufenen Hoffnungsträger für Kriegstopfer und Arme in der Dritten Welt an; jedenfalls könnten/sollten/müssten sie das sein: Es wäre an den reichen, die Welt beherrschenden Großmächten, die „Gewalt zu stoppen“, indem sie „Armut bekämpfen, nicht Waffen exportieren“. Die Geldmittel dafür hätten sie schließlich, das sieht man schon an ihrem Rüstungsetat; ihr Monopol an Waffentechnologien aller Art könnten sie zum Guten verwenden, indem sie den minderbemittelten Elendsregenten das Schießgerät vorenthalten; und wenn sie ein bisschen Futter springen lassen, dann könnten sie sich auch einen Teil der hohen Rüstungsausgaben sparen. Da ist doch jedem gedient!

Bekanntlich denken die Großmächte, an denen die Welt genesen könnte, nicht daran, die Welt mit Brot statt mit Böllern zu befrieden. Dem könnte unser Kommentator ja entnehmen, dass der Frieden, den sie anstreben, aus den Waffen stammt und stammen muss, weil es um die Unterordnung unliebsamer staatlicher Konkurrenzprogramme geht. Und das ist eine andere Friedensmission als die, die er ihnen erteilen möchte. Tatsächlich täuscht er sich da auch gar nicht. Er fragt rhetorisch: „Was nützt es ...“, konstatiert also, dass kein Schwein auf ihn hört. Und dass 2007 „ein gutes Jahr für den Frieden“ wird, mag er selbst nicht glauben. Dennoch lässt er nicht davon ab, seinem Staat und anderen Mächten das Weltverbessern als den *eigentlichen Auftrag* ins Stammbuch zu schreiben, an dem sie sich verfehlen.

Also: „Was nützt es“ angesichts von einer Billion Dollar für Waffen „darauf zu verweisen, dass weltweit 850 Millionen Menschen hungern?“ Das eben! In Form einer Klage darüber, dass er selbst kaum mehr an die guten Absichten seiner Regierung glauben kann, hält er diesen Glauben in Kurs. Zum jährlichen Bericht über die Aufwendungen für Tötungstechnologie gehört immer einer, der mahnt, das Gute nicht zu vergessen. ◆

Jour Fixe

in Tübingen, Freiburg und Stuttgart

Wer Interesse bekommen hat, sich mit unseren Argumenten näher auseinanderzusetzen, der ist eingeladen, an einem der wöchentlichen Diskussionstermine teilzunehmen:

Tübingen:

Wir treffen uns jeden Dienstag um 19 Uhr
in der Hausbar im Keller des Wohnprojekts Schellingstrasse

Freiburg:

Jour Fixe zu aktuellen Themen immer montags 19.30 Uhr
im Konf-Raum u-asta-Gebäude, Belfortstr. 24;
weitere Infos unter: <http://www.ideologiekritik.net>

Stuttgart:

Diskussionstermine donnerstags um 19.30 Uhr
im Foyer des Alten Feuerwehrhauses (Stgt.-Süd, Möhringer Str. 56)
genaue Termine und Themen in: <http://www.gegenstandpunkt-s.de/disk-s.htm>

Der Dalai Lama auf Tournee

Alternative Sinnstiftung – fernöstlich

Der Dalai Lama besucht Deutschland und wird nicht nur von der Kanzlerin empfangen, sondern auch von der Bevölkerung gefeiert. Mit seinen Vorträgen füllt er Stadien und Hörsäle. In Umfragen ist er beliebter als der deutsche Papst. Der Spiegel (29/07) erläutert: „Viele Menschen im Westen suchen einen spirituellen Tröster.“ Sie nehmen diesen wandelnden „Ozean der Weisheit“ als Ratgeber bei der Bewältigung des rauen kapitalistischen Alltags. Manch gestresstem Großstädter „tut er total gut: Durch ihn komme ich auf andere Gedanken.“ Auf welche Gedanken man durch ihn dann kommt, stellt allerdings weder seiner Weisheit noch dem Geisteszustand derer ein gutes Zeugnis aus, denen er zum Wohlsein verhilft.

Erstens sind es überhaupt keine anderen Gedanken, deren man teilhaftig wird, wenn die 14. Wiedergeburt seiner Selbst die fernöstlichen Botschaften unters westliche Volk streut: „Finde dein innerstes Selbst! In der Ruhe liegt die Kraft! Der Weg ist das Ziel.“ Solche Weisheiten fassen so in etwa zusammen, was man in der Rubrik ‚Lebenshilfe‘ auch sonst überall

geboten bekommt, womit aber auch der Deutsche Alpenverein fürs Bergsteigen Werbung macht.

Zweitens ist es sehr bedenklich, wenn einem Sinnsprüche dieses Kalibers auch noch ‚total gut tun‘. *Lebenssinn* heißt das in hohem Ansehen stehende Bedürfnis, von dessen Befriedigung auf diese Weise erfolgreich Vollzug gemeldet wird. Diese verbreitete Sitte, die hierzulande die geistige Kultur adelt, macht gar kein Hehl daraus, welch niederer Beweggrund da den Gedanken leitet: Wer *Sinn* für sein Leben sucht, den treibt das Bedürfnis, sich enttäuschungsfrei positiv zur Welt stellen zu können. Er wünscht sich einen *Gesichtspunkt*, der ihm *letztinstanzlich Zufriedenheit* mit allem besorgt, was er sein Lebtage lang durchmacht, also *wider* alle seine Erfahrungen *Harmonie* in der Welt der Gegensätze stiftet, in der er sich umtreibt. *Ausdrücklich* jenseits von allem, womit er sich zu seinem Missbehagen herumzuschlagen hat, will einer da wenigstens *ideell auf seine Kosten* kommen – und verschafft sich die verlangte Befriedigung durch die entsprechend sinnige Deutung seiner Welt und vor

allem durch die unermüdliche Pflege seiner eigenen Stellung zu dieser: Im Wege des strikten Absehens von allen wirklichen Mächten, denen das eigene Tun unterworfen ist, imaginiert man *sich* als Subjekt, das sich zur Stiftung von Zufriedenheit hauptsächlich darum zu bekümmern hat, dass es im Einklang mit sich lebt. Also sucht man nach seinem ‚Selbst‘, hört in sich hinein und macht dann wohl auch seine einschlägigen metaphysischen Erfahrungen. Man verspürt die Kraft, die einem dadurch zuteil wird, dass man alles nicht mehr so wichtig nimmt und den Imperativ beherzigt, sich bloß über nichts aufzuregen. In der Weise pausenlos auf sich ein- bzw. sich dementsprechend gut zuzureden, darin besteht sie, die hohe Kunst des positiven Denkens: Wer sich nichts mehr vornimmt im Leben und seinen trostlosen Alltag als Weg zu sich selbst ‚begreift‘, kann auch nicht mehr enttäuscht werden. Darin besteht das prima Lebensgefühl, der ‚spirituelle Trost‘, den „*seine Heiligkeit*“ aus Tibet spendet: Das Ich ruht im Selbst, mit Ruhe wird aus einem Sandkorn eine Perle – wer daran glaubt, den kann die Welt am Arsch lecken, weil er sie komplett im Griff hat.

Der Irrationalismus, sich einen höheren und eigentlichen Lebenssinn vorzustellen, nimmt in den zivilisierten Gemeinwesen des Abendlands seinen festen Stammplatz ein. In einer

GEGENSTANDPUNKT im Internet:
<http://www.gegenstandpunkt.com>

Gesellschaft, in der die Einzelnen unvereinbare Interessen gegeneinander verfolgen müssen und dabei zugleich voneinander abhängig sind, ist das Scheitern immer inbegriffen. Kein Wunder, dass das Bedürfnis nach einem Glauben, trotz allem in einem gemeinsamen Höheren aufgehoben zu sein, ständig neue Nahrung erhält. Aufgeklärte Bürger geben das selber zu Protokoll, wenn sie den Bedarf nach Sinn mit der sedierenden *Wirkung* auf ihren Gemütszustand begründen: Manche *brauchen* den Herrn Jesus, manche eben den Herrn Lama, *um* das Leben leichter *auszuhalten*. Der wirkt quasi wie eine Schmerztablette, aber ohne Chemie. Religion ohne Fegefeuer; Psycho ohne Sektenverdacht; die Botschaft „*Don't worry, be happy!*“ von einem „*Gott zum Anfassen*“.

Ein nützlicher Idiot antichinesischer Menschenrechtsdiplomatie

„Wir sind die Pandabären der internationalen Politik. Jeder mag uns, aber keiner tut was für uns.“ Was der Dalai Lama in einem Anfall ironischer Selbsterkenntnis sagt, trifft die *zweispaltige* Rolle, die er als oberster Tibeter in der Staatenwelt hat, auf seine Weise durchaus.

Ein Gottkönig im Exil ...

Der 14. Dalai Lama ist politischer Herrscher und Glaubensführer, dem sein Staatsgebiet, seine Regierten und seine Heimatgemeinde abhanden gekommen sind. Das ist das Resultat des Anschlusses Tibets an die Volksrepublik China: 1950 kippt Peking die seit 1913 proklamierte einseitige Unabhängigkeit Lhasas. Die Armee besetzt das Hochgebirgsland, der Dalai Lama als „*oberster weltlicher und geistiger Führer des Volkes*“ wird entmachtet und auf sein Kirchenamt reduziert, Tibet ist seitdem autonome Provinz Chinas und sukzessive von ethnischen Chinesen besiedelt worden. Nach dem Aufstandsversuch des Dalai Lama und seiner Getreuen wird er 1959 verjagt. Indien schenkt ihm eine Mini-Enklave, von dort aus und seitdem agiert Nr. 14 als „*Vorsitzender der Exilregierung Tibets*“, die bis heute allerdings kein Staat der Welt anerkennt.

u-asta-Referat Freiburg im Internet:
<http://www.ideologiekritik.net>

An all dem möchte der Mann gerne etwas ändern. Er ist Staatsmann und Patriot genug, um den Verlust seiner politischen und religiösen *Macht* mit den Leiden seines *Volks* bzw. seiner *Gemeinde* gleichzusetzen und in deren Namen den Verlust des bekannten Grundnahrungsmittels „*kulturelle Identität*“ zu beklagen, das armen Reisbauern, Sherpas und Mönchen am meisten fehlt. Er weiß aber auch, dass er als Herrscher ohne jede materielle Basis – null Waffen, null Öl, keine dienstbare Nationalökonomie und keine Staatsbürger in Uniform – auf mächtige Paten in der ausländischen Staatenwelt verwiesen ist, die ihm zur Rückkehr und Tibet zur Unabhängigkeit oder wenigstens zur Autonomie verhelfen. Und tatsächlich finden die Regierungen reicher und mächtiger Nationen eine gewisse Verwendung für diesen Freiheitskampf, allerdings nicht genau die, die sich der Dalai Lama gewünscht hätte

... sucht Anerkennung für seine Ansprüche auf weltliche Herrschaft

Für die Staaten des Freien Westens war und ist die Unabhängigkeit Tibets kein politisches Ziel. Sei es, dass man sich auf die Insel Taiwan als Speerspitze gegen die weltpolitischen Ansprüche der VR China verlegte, sei es, dass ein Priesterkönig ohne Land & Volk kein übermäßiger Stachel im Fleisch des ehemaligen Hauptfeinds Nr. 2 ist: Ein *weltmächtiges* Interesse, das sich ernsthaft für eine Staatsgründung Tibets stark gemacht hätte, hat sich jedenfalls bis heute nicht gefunden. Aber eine diplomatisch berechnende Zuneigung erfährt der bedrohte Tibetpanda im Westen schon. Dafür wird seinen Ambitionen ihr politischer Charakter ab- und ausschließlich spirituelle Qualität zugesprochen. Sein Einsatz für „*kulturelle und religiöse Autonomie*“ sei, so referiert der deutsche Regierungssprecher den Dalai Lama, von „*friedlicher und gewaltfreier Natur*“, was „*ein Streben nach Unabhängigkeit Tibets von der Volksrepublik China ausdrücklich ausschließt*“. Die Unterdrückung derart harmloser kultureller Bedürfnisse findet dann Eingang in die lange Liste der „*Menschenrechtsverletzungen*“, die die Gastgeber des tibetischen Exilregenten Chinas Führung vorrechnen, wann und wofür es ihnen ins Kalkül passt.

In Deutschland, den USA oder Kanada: immer ist der Empfang des Dalai Lama ein diplomatisch ausgeklügeltes *Protokoll westlicher Chinapolitik*, das Chinas KP eine Mischung aus Kampfansage und Partnerschaftsansprüchen übermittelt. Der fromme Gast aus Tibet wird von den Regierungschefs in ihrem jeweiligen Amtssitz, also im Kanzleramt, im Weißen Haus und im Büro des kanadischen Premierministers empfangen, aber nicht als Staatsmann, sondern als *religiöser Führer*. Die „*Begegnungen*“ finden durchaus öffentlich und unter Anteilnahme der Weltpresse statt, protokollarisch wird aber darauf geachtet, diese Treffen als „*privat*“ zu deklarieren. Den netten „*pazifistischen buddhistischen Mönch*“ (der kanadische Staatssekretär Kenney) im Verlangen nach „*kultureller Unabhängigkeit seines Volkes*“ unterstützen zu wollen, das betonen sowohl Harper als auch Bush und Merkel. Das sei aber, so betonen sie ebenfalls, „*keine Einmischung in die inneren Angelegenheiten Chinas*“ (Bushs Sprecher Tony Fratto). Das stimmt aber nicht so ganz. Nicht unterstützt wird tibetischer Separatismus – mehr Raum für „*nationale Identität*“ sollte aber schon sein. Nicht angezweifelt wird die völkerrechtliche Legitimität

der chinesischen Landnahme, „*religiöse und kulturelle Autonomie*“ Tibets wird aber gefordert. Volksvertreibung oder Beschneidung des Rechts auf Heimat wird China nicht vorgehalten, beklagt wird aber die „*Not des tibetischen Volkes*“, die in der Beschneidung seiner Religionsfreiheit wurzeln soll. Auf diese Weise wird im Namen der Tibeter ein grundsätzlicher *Einwand gegen die chinesische Souveränität* auf den Weg gebracht, aus dem man momentan keine praktischen politischen Konsequenzen ziehen will, der Tibet aber als offene Frage und stets abzurufenden Anlass für Einmischung in chinesische Souveränitätsfragen am Leben erhält.

GEGENSTANDPUNKT

Politische Vierteljahresschrift

3-07

US-Hypothekenkrise: Der Weiterfolg einer neuen Technik finanzkapitalistischer Selbstbefriedigung macht weltweit Ärger
Anmerkungen zu einer Finanzkrise der ganz modernen Art

Noch ein aufstrebender „Global Player“
Indien will Wirtschafts- und Weltmacht werden

G8-Treffen
Schon wieder: Die Welt zu Gast bei Freunden
„Kompromiss“ auf dem EU-Gipfel in Brüssel:
Der Streit der Nationen um die Geschäftsordnung ihrer Konkurrenz in und um Europa

Die Lohnfrage heute
Investivlohn-Modelle – Ein schönes Streikergebnis für die Telekom-Beschäftigten – Die „Lokführergewerkschaft“ kämpft um mehr Lohn und bessere Arbeitsbedingungen

Frieden statt Krieg, Brot statt Gewehr! · Die Leichen der CIA · Doping-Krise · „Arm trotz Arbeit“: Die „Generation Praktikum“ · AKW-Pannenserie in der Ausstiegssrepublik · Eine Linkspartei für Deutschland – konservativ, realistisch, machtbewusst, national · „Eurofighter“-Beschaffung in Österreich · Terrorgefahr in Deutschland: Not braucht viel Gebot · Sturm auf die rote Moschee in Pakistan · Streit um Religion im Biologieunterricht: Der Schöpfung die Krone aufgesetzt · Amerikanische Waffen für Mekka · Der Dalai Lama auf Deutschland-Tournee · Nachrichten vom Arbeitsmarkt: „Der Aufschwung ist da ...“

Das ärgert China

China versteht die Botschaft und reagiert verärgert auf die Empfänge und die damit verbundenen Ehrungen. Es sieht das Verhältnis von politischem und göttlichem Auftrag des Dalai Lama nämlich eher umgekehrt: „*Der Dalai Lama betreibe separatistische Aktivitäten unter dem Deckmantel der Religion, kritisierte das (chinesische) Außenministerium.*“ (dw-world.de) Natürlich ist den Staatschefs der westlichen Nationen durchaus bekannt, dass China das so sieht; deshalb haben sie den frommen Mönch schließlich *wie* einen Staatsmann empfangen – aber eben *bloß wie* und nicht *als*. Wenn die chinesische Regierung „*wütend*“ wird über diese „*Einmischung in innere Angelegenheiten*“, dann war das einerseits durchaus beabsichtigt und dient nur als Beweis dafür, wie berechtigt die Gegnerschaft gegen ein Unterdrückerregime ist, das tibetischen Gläubigen die religiöse Entfaltung versagt. Andererseits wird der chinesischen Aufregung entgegengehalten, dass sie künstlich und völlig überflüssig sei. Die Einladung eines Religionsführers könne doch wohl die guten wirtschaftlichen Beziehungen zu China nicht beeinträchtigen. Man will China nämlich für die eigenen wirtschaftlichen und politischen Ambitionen benutzen und gleichzeitig seine wachsende Macht beschränken. Dafür ist der Dalai Lama ein passender diplomatischer Einspruchstitel. ◆

Ein Besuch des Dalai Lama eignet sich für diese Strategie, Chinas inneren Angelegenheiten den inneren Charakter zu bestreiten, ohne daraus konkrete politische Ansprüche abzuleiten. Der Mann ist nämlich dem eigenen Anspruch nach religiöses *und* politisches Oberhaupt Tibets in Personalunion. Die beiden Seiten werden diplomatisch auseinandergenommen: Als *religiöses Oberhaupt* wird er mit Respekt und Beifall überschüttet, aber nicht als Staatsmann geladen oder gesponsert. Man trennt ihn von der politischen Mission, für die er steht und verweigert ihm damit die Anerkennung *als weltliches Oberhaupt*, ohne dass diese Funktion damit völlig getilgt wäre: Sie besteht als Anspruch im Selbstverständnis des Dalai Lama und sie ist Bestandteil der „*kulturellen Identität*“, deren Freisetzung man von China